

Holst, Elke; Schupp, Jürgen

Working Paper — Digitized Version

Frauenerwerbstätigkeit in den neuen und alten Bundesländern: Befunde des Sozio-ökonomischen Panels

DIW Discussion Papers, No. 37

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Holst, Elke; Schupp, Jürgen (1991) : Frauenerwerbstätigkeit in den neuen und alten Bundesländern: Befunde des Sozio-ökonomischen Panels, DIW Discussion Papers, No. 37, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/95781>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Diskussionspapiere
Discussion Papers

Diskussionspapier Nr.37

**Frauenerwerbstätigkeit in den neuen
und alten Bundesländern -
Befunde des Sozio-ökonomischen Panels**

von
Elke Holst und Jürgen Schupp

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Diskussionspapier Nr.37

**Frauenerwerbstätigkeit in den neuen
und alten Bundesländern -
Befunde des Sozio-ökonomischen Panels
von
Elke Holst und Jürgen Schupp**

Berlin, Dezember 1991

**Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Königin-Luise-Str. 5, 1000 Berlin 33
Telefon: 49-30 - 82 991-0
Telefax: 49-30 - 82 991-200**

Frauenerwerbstätigkeit in den neuen und alten Bundesländern - Befunde des Sozio-ökonomischen Panels*

von Elke Holst und Jürgen Schupp (DIW)

Gliederung	Seite
1. Vorbemerkung	1
2. Zur Datenbasis	2
3. Erwerbsverhalten der Frauen von Juni 1990 bis März 1991	3
4. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, vorzeitiger Übergang in den Ruhestand - Chancen der Frauen am Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern	6
4.1. Die mittlere Generation von Frauen	7
4.2. Ältere Frauen	9
4.3. Die jüngere Generation	9
5. Subjektive Bedeutung der Erwerbsarbeit in den neuen Bundesländern	12
6. Zwischenbilanz	14
7. Ausgangssituation der Frauen in den alten Bundesländern am Arbeitsmarkt	15
8. Bedeutungszuwachs des Berufs bei erwerbstätigen Frauen in den alten Bundesländern	17
9. Arbeitszeitpräferenzen in den alten Bundesländern	18
10. Wege in die Zukunft	20

1. Vorbemerkung

Der folgende Beitrag konzentriert sich auf die Rolle der Frau am Arbeitsmarkt. Er analysiert die Ausgangssituation in beiden Teilen Deutschlands. Anhand objektiver wie subjektiver Indikatoren wird aufgezeigt und begründet, weshalb sich die Erwerbsquoten der Frauen in Ostdeutschland nicht jenen der Frauen in

* Eine leicht gekürzte Fassung erscheint im Tagungsband der Sektion Sozialindikatoren im Frühjahr 1992 unter dem gleichen Titel in: Wolfgang Glatzer (Hg.), *Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung*, Frankfurt - New York (Campus Verlag).

Westdeutschland angleichen, sondern nur annähern werden. Dabei wurde der Schwerpunkt der Analysen auf die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ostdeutschland gelegt.

Zugleich wird darauf hingewiesen, daß es bei den bestehenden Problemen am Arbeitsmarkt in Ostdeutschland zunehmend zu Verteilungskämpfen um Arbeitsplätze - auch zwischen Männern und Frauen - kommen wird. Hinzu treten Unzufriedenheit und soziale Probleme bei den vom Arbeitsmarkt Zurückgewiesenen.

In dieser schwierigen Situation scheint es erforderlich, stärker über Möglichkeiten der Umverteilung von Arbeit mittels "neuer" Arbeitszeitkonzepte nachzudenken und diese arbeitsmarktpolitisch umzusetzen.

2. Zur Datenbasis

Grundlage der empirischen Analysen ist das Sozio-ökonomische Panel (SOEP). Es handelt sich dabei um eine empirische Langzeituntersuchung zur repräsentativen Erfassung und Interpretation des gesellschaftlichen Wandels. Die Studie läuft seit 1984 in der alten Bundesrepublik und wurde noch vor Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Juni 1990 auf das Gebiet der damaligen DDR ausgedehnt². Die zweite Befragung wurde in den neuen Bundesländern im März/April 1991 durchgeführt. Unsere entsprechenden Analysen beziehen sich daher auch auf diesen Zeitraum. Danach erfolgte Änderungen können mit dem SOEP erst wieder zum Zeitpunkt der dritten Welle, die im Frühjahr 1992 im Feld sein wird, erfaßt werden.

Alle SOEP-Daten werden Forschergruppen aus der Wissenschaft für Sekundäranalysen unentgeltlich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zur Verfügung gestellt.

2) Vgl. zu Konzept und Methode der Studie Schupp, Jürgen und Gert Wagner (1991): Die Ost-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels. In: Projektgruppe Das Sozio-ökonomische Panel (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern. Frankfurt/M. - New York, S. 260-279. Die nachfolgenden Analysen werden mit dem 99 %-Netto-File sowie einem vorläufigen Hochrechnungsfaktor für Längsschnittanalysen durchgeführt.

3. Erwerbsverhalten der Frauen von Juni 1990 bis März 1991

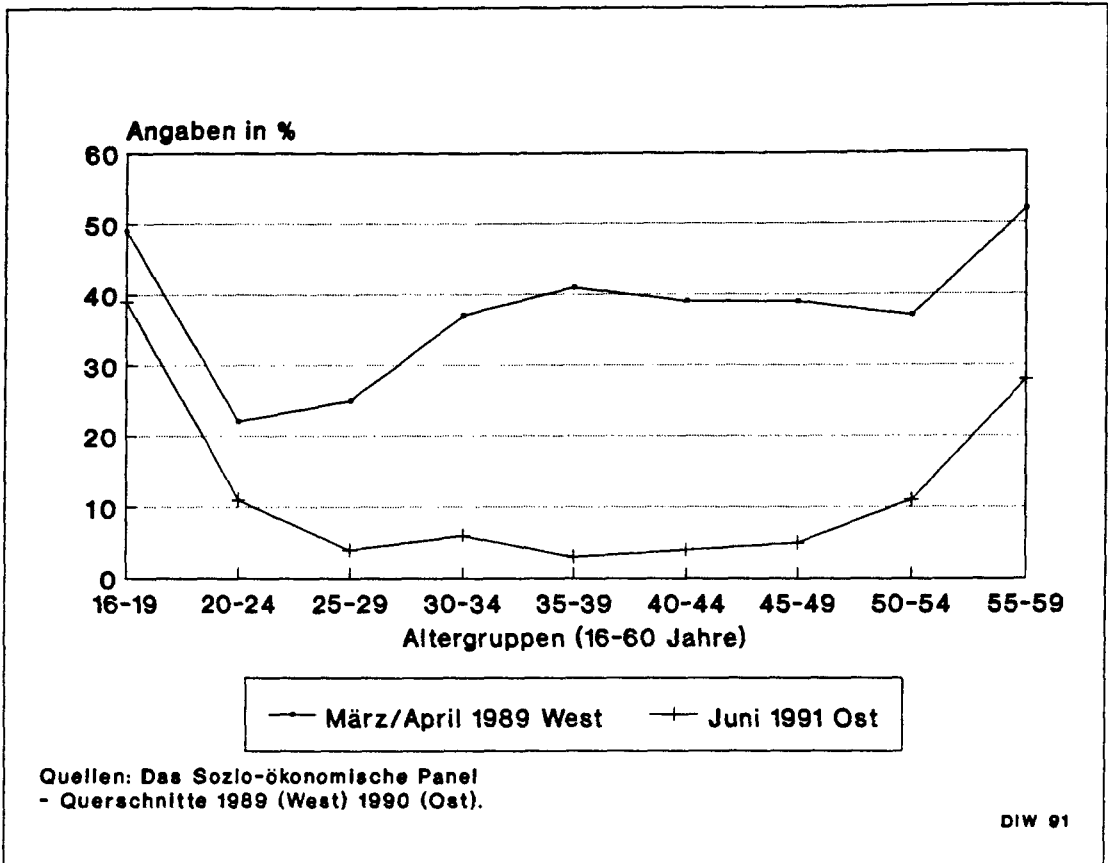
Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen ist also die Frage, inwieweit sich das Erwerbsverhalten von Frauen in beiden Teilen Deutschlands annähern wird. Da es hier vor allem um gravierende Anpassungsprozesse in den neuen Bundesländern geht, ist zunächst zu prüfen, in welchem Umfang hier ein freiwilliger Rückzug der Frauen in die Nichterwerbstätigkeit³ erfolgen könnte.

Grafik 1 zeigt, daß noch kurz vor der Währungsunion nur relativ wenig Frauen (zwischen 16 und 60 Jahren) in Ostdeutschland nichterwerbstätig waren. Ganz anders sah es in Westdeutschland aus. Das wird insbesondere bei der Gruppe der 30 bis 49 jährigen Frauen deutlich. Während es in der DDR kaum Nichterwerbstätige dieser Altersgruppe gab, blieben in der alten Bundesrepublik etwa 40 % der Frauen zu Hause.

Eine Angleichung des Erwerbsverhaltens würde damit vor allem den Rückzug von Frauen dieser Altersgruppen (aber natürlich auch aus den anderen Altersgruppen) erforderlich machen. Doch wie wahrscheinlich und wie sinnvoll ist dies?

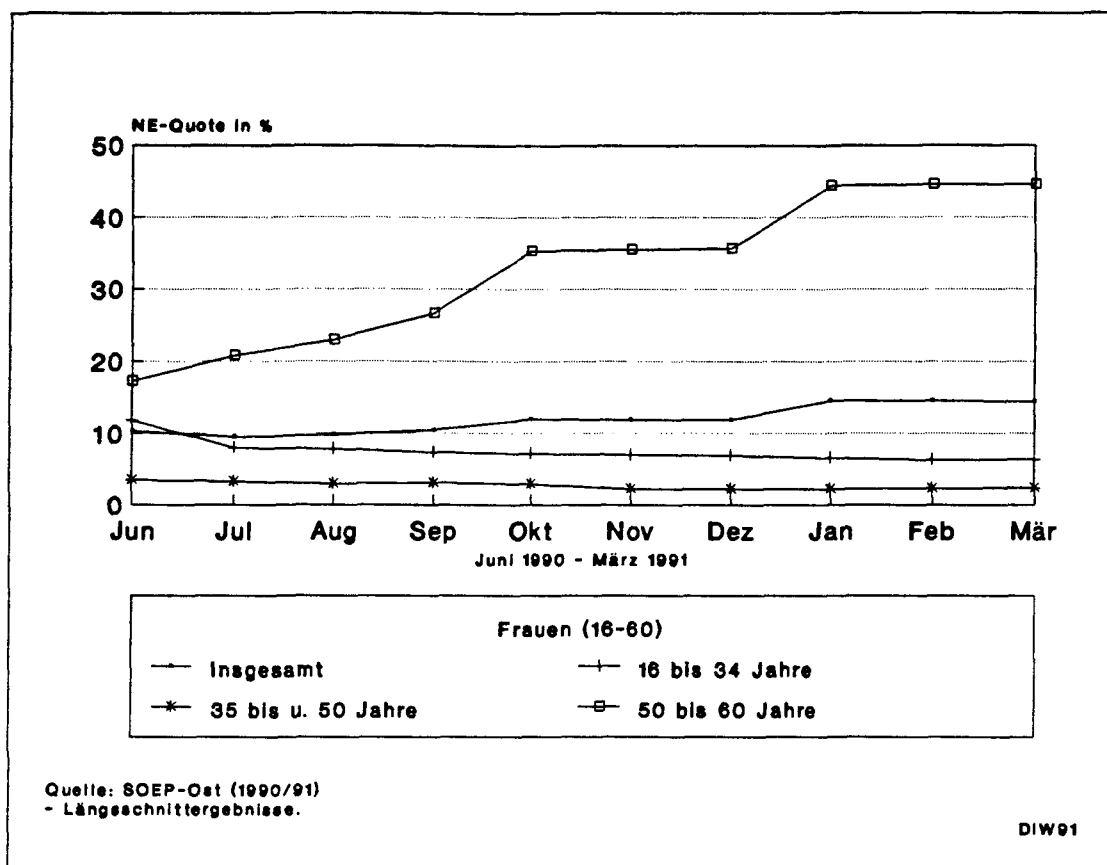
3) In unseren Auswertungen auf Grundlage der SOEP-Daten ist die Nichterwerbsquote von Frauen (Altersabgrenzung 16 bis 60 Jahre) folgendermaßen definiert: Anteil der "Nur"-Hausfrauen, Schülerinnen/Studentinnen, Rentnerinnen (und sonstigen nicht-erwerbstätigen Frauen) am Erwerbspotential. Ostdeutsche Frauen, die angaben, vorübergehend freigestellt zu sein (Mütterjahr), wurden nicht in die Gruppe der Nichterwerbstätigen aufgenommen, da angenommen wird, daß diese Frauen sich nach Ablauf des Erziehungsurlaubs größtenteils wieder eine (garantierte) Stelle antreten bzw. sich als arbeitssuchend registrieren lassen. Entsprechend umfaßt die *Frauenerwerbsquote* den Anteil der abhängig beschäftigten Frauen (zwischen 16 und 60 Jahren) in Vollzeitbeschäftigungen und Teilzeitbeschäftigungen (incl. Kurzarbeit, ABM), in betrieblicher Ausbildung/Umschulung, im Babyjahr, mit Nebenerwerb sowie arbeitslose Frauen am Erwerbspotential (Frauen insgesamt im Alter von 16 bis 60 Jahren).

Grafik 1: Altersspezifische Nichterwerbstätigkeit - Frauen im erwerbsfähigen Alter (16 bis 60 Jahre) in Ost- und Westdeutschland



Zur Beantwortung der Frage wird Grafik 2 herangezogen. Sie zeigt die Entwicklung der Nichterwerbsquoten von Juni 1990 bis März 1991. Die Nichterwerbsquote der Frauen in Ostdeutschland stieg insgesamt um etwa 5 Prozentpunkte auf 15 % an. Allerdings ist der überwiegende Teil der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen bei der Gruppe der älteren Frauen (50-60 Jährige) zu finden, also jenen, die nur noch eine verhältnismäßig kurze Zeit des Erwerbslebens vor sich haben. Mit einer noch tieferen Unterteilung dieser Altersgruppe kann gezeigt werden, daß die vom Arbeitsmarkt ausgeschiedenen Frauen zu über 80 % zwischen 55 und 60 Jahre alt sind.

Grafik 2: Entwicklung altersspezifischer Nichterwerbsquoten (NE-Quoten) von Frauen in Ostdeutschland seit Juni 1990



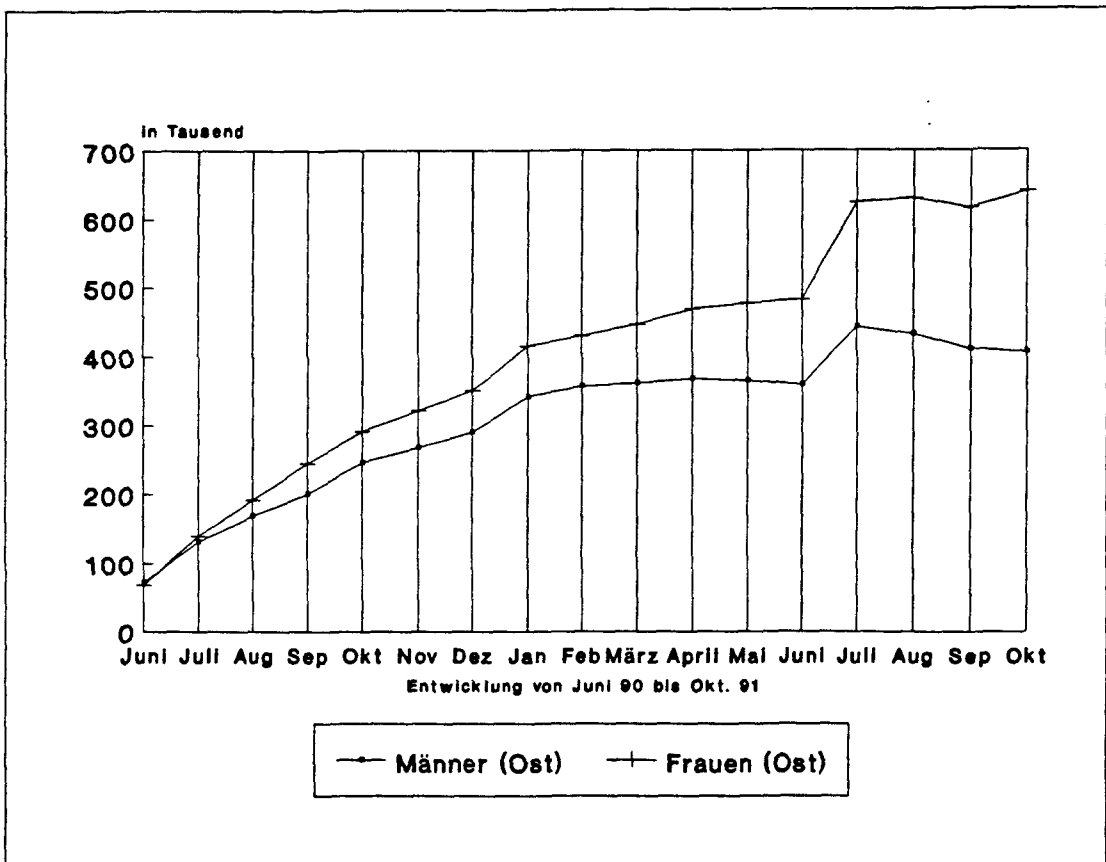
Demgegenüber nahm der Anteil jüngerer nichterwerbstätiger Frauen 1991 sogar noch leicht ab, gleiches gilt auch für den Anteil der 35 bis 49 Jährigen, sogar auf einem noch niedrigeren Niveau.

Damit unterscheidet sich die mittlere und jüngere Generation von Frauen in den neuen Bundesländern in ihrem Erwerbsverhalten auch nach einem Jahr des Zusammenwachsens nach wie vor deutlich von ihren Vergleichsgruppen in den alten Bundesländern. Auch dort zeigten sich keine gravierenden Veränderungen. So bleibt festzuhalten: Ein "freiwilliger" Rückzug in die Nichterwerbstätigkeit hat nach den Ergebnissen des SOEP in diesen Altersgruppen bisher nicht stattgefunden.

4. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, vorzeitiger Übergang in den Ruhestand - Chancen der Frauen am Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern

Personen, die arbeitslos gemeldet, in Kurzarbeit oder derzeit im Mütterjahr sind, tragen sicherlich ein erhöhtes Risiko, aus dem Erwerbsleben auszuschneiden bzw. in die Gruppe der Nichterwerbstätigen überzuwechseln⁴. Deshalb soll im folgenden auf die hiervon betroffenen Personengruppen näher eingegangen werden.

Grafik 3: Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern in Ostdeutschland seit Juni 1990



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

4) Hinzu kommen noch jene Erwerbstätigen, die sich in ABM oder Weiterbildungsmaßnahmen befinden, im SOEP jedoch bisher nicht getrennt erfaßt wurden.

In der DDR bestand das Recht auf Erwerbsarbeit. Arbeitslosigkeit - im Sinne der alten Bundesländer - existierte nicht. Noch kurz vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion lag die Arbeitslosenquote von Männern und Frauen in Ostdeutschland daher auch noch nahe Null (vgl. Grafik 3).

Nach diesem Zeitpunkt traf die einsetzende Arbeitslosigkeit Monat für Monat Frauen in höherem Maße als Männer. Die Arbeitslosenzahlen von Männern und Frauen entfernten sich immer mehr voneinander, was dazu führte, daß im Oktober 1991 die Zahl der arbeitslos gemeldeten Frauen mit 650 Tsd. um 230 Tsd. höher lag als die der Männer. Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt 61,2 % der Arbeitslosen Frauen.

Die Betroffenheit der Frauen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit (sowie Inanspruchnahme des Babyjahrs) nach verschiedenen Altersgruppen wurde mit Hilfe des Daten aus dem SOEP für den Zeitpunkt unserer Zweitbefragung im März/April untersucht. In Grafik 4 wird deutlich, daß sich die verschiedenen Altersgruppen ganz unterschiedlich am Arbeitsmarkt behaupten konnten.

4.1. Die mittlere Generation von Frauen

Die mittlere Generation von Frauen schnitt im Frühjahr gegenüber den älteren und jüngeren Frauen am Arbeitsmarkt relativ gut ab. Die Quote der kurzarbeitenden Frauen dieser Altersklasse ist sogar geringer als die der Männer in der vergleichbaren Altersgruppe (vgl. Grafik 4).

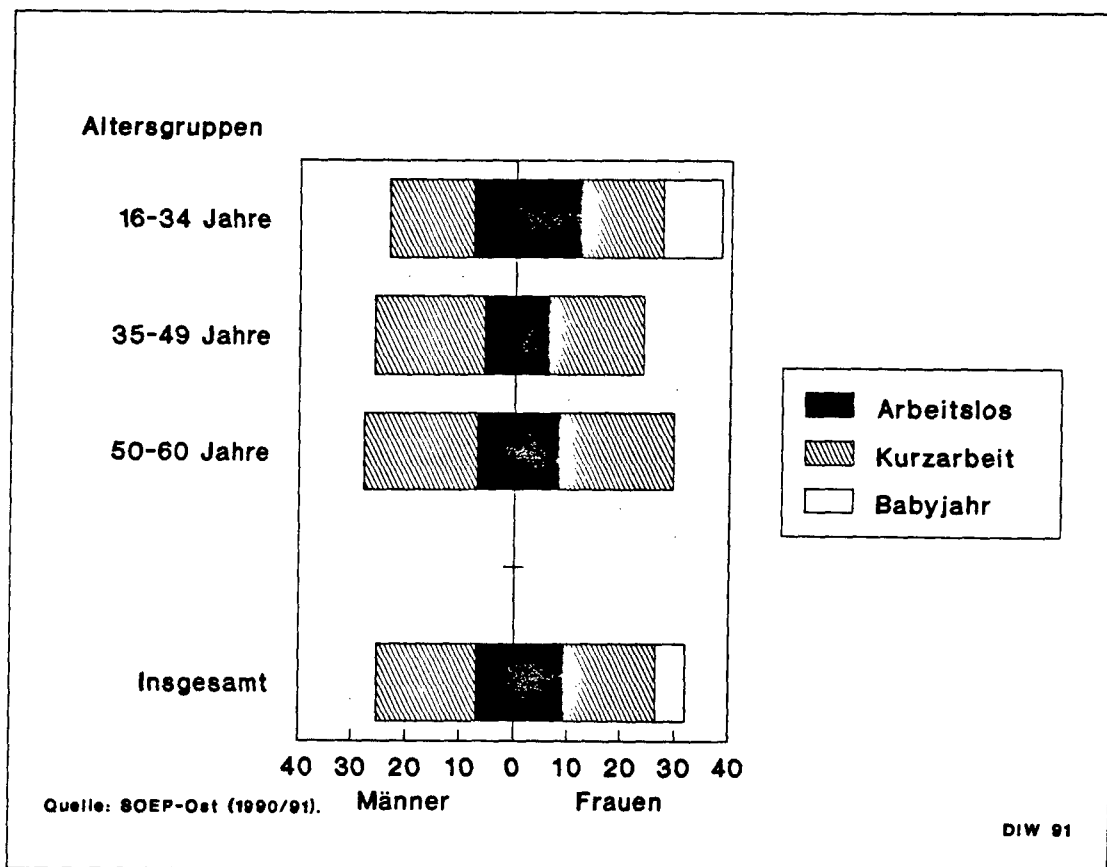
In Westdeutschland handelt es sich bei der Altersgruppe der 35 bis 49 jährigen Frauen um das klassische Potential der Stillen Reserve, d.h., daß Frauen in diesem Alter - nach der Familienphase - wieder die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wünschen. Es ist nicht zu erwarten, daß sich gerade ostdeutsche Frauen der mittleren Generation freiwillig in die Nichterwerbstätigkeit zurückziehen, zumal sie auch während der Mutterschaft schon Familie und Beruf vereinbaren mußten. Diese Doppelbelastung hat sich mittlerweile reduziert, da zumeist keine Kleinkinder mehr zu versorgen sind. Zudem stellt die Erwerbsarbeit für sie schon lebenslang einen zentralen gesellschaftlichen Wert dar.

Trotz der zu erwartenden umfassenden Qualifikationsentwertung im Zuge der betrieblichen Umstrukturierungen verfügen Frauen in Ostdeutschland über

eine vergleichsweise gute formale Ausbildung⁵ und auch die in der Vergangenheit vorhandene hohe Weiterbildungsbereitschaft der Erwerbstätigen in der DDR lassen keinen resignativen Rückzug erwarten.

Die vom Potential her größte Altersgruppe von Frauen der mittleren Generation wird sich deshalb künftig nicht *freiwillig* in die Nichterwerbstätigkeit zurückziehen. So bleiben als weiteres Potential für der Anpassung des Erwerbsverhaltens die älteren und jüngeren Frauen in Ostdeutschland.

Grafik 4: Altersspezifische Arbeitslosen- und Kurzarbeitsquoten in Ostdeutschland (in %) - Vergleich zwischen Männern und Frauen im März/April 1991



5) Vgl. hierzu Gert Wagner und Jürgen Schupp (1991): Die Sozial- und Arbeitsmarktstruktur in der DDR. In: Projektgruppe Das Sozio-ökonomische Panel (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern. Frankfurt/M. - New York, S. 178-197.

4.2. Ältere Frauen

Zunächst zu den älteren Frauen: Grafik 4 verdeutlicht den großen Anteil der Kurzarbeiterinnen in dieser Altersgruppe. Ihr Anteil ist zum Zeitpunkt der Wiederholungsbefragung im März 1991 auf 30 % gestiegen und hat sich damit mehr als verdoppelt (Juni 1990: 13 %). Sie konzentrieren sich - wie man zeigen kann - auf die 50 bis 55 jährigen Frauen. Der hohe Anteil arbeitsloser älterer Frauen ist wiederum vor allem auf die 56 bis 60 Jährigen zurückzuführen. Diese hohe Quote sollte jedoch nicht die absoluten Zahlen verdecken. Insgesamt waren im Oktober 1991 "nur" 19 Tsd. arbeitslose Frauen, die 55 Jahre oder älter sind, bei der Bundesanstalt für Arbeit registriert⁶.

Die meisten älteren Frauen haben bereits von der Möglichkeit der Inanspruchnahme des Vorruhestandsgeldes oder Altersübergangsgeldes Gebrauch gemacht bzw. Gebrauch machen müssen. Auch bei den älteren Frauen ist damit kurz- und mittelfristig keine weitere deutliche Entlastung des Arbeitsmarktes - bzw. ein Rückzug in die Nichterwerbstätigkeit - mehr zu erwarten⁷.

4.3. Die jüngere Generation

Wie sieht es nun für die jüngeren Frauen im Alter zwischen 16 und 34 Jahren aus? Grafik 4 zeigt, daß der Anteil arbeitsloser jüngerer Frauen mit über 12 % deutlich über dem in den beiden anderen Altersgruppen liegt.

Tabelle 1 zeigt, daß von den arbeitslosen Frauen insgesamt 60 % aus dieser Altersgruppe kommen. Die überproportionale Betroffenheit der Frauen am ostdeutschen Arbeitsmarkt war im März 1991 somit vor allem auf die hohe Zahl arbeitsloser junger Frauen zurückzuführen.

6) Presseinformationen der Bundesanstalt für Arbeit Nr. 68/91 vom 6.11.1991, Arbeitsmarktzahlen für Oktober 1991.

7) Vgl. hierzu auch Presseinformationen der Bundesanstalt für Arbeit Nr. 56/91 vom 30.9.1991, wonach "nur noch ein kleinerer Personenkreis in das Altersübergangsgeld hineinwächst, während in der Anlaufphase der Vorruhestands-Regelungen gleich mehrere Altersjahrgänge hiervon Gebrauch machen konnten".

Tabelle 1: Betroffenheit von Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland im März 1991 nach Altersgruppen und Geschlecht (in %)

Altersgruppen	Frauen in %	Männer
Insgesamt	100,0	100,0
16-34 Jahre	60,3	50,6
35-49 Jahre	25,3	28,3
50-60 Jahre	14,4	21,1

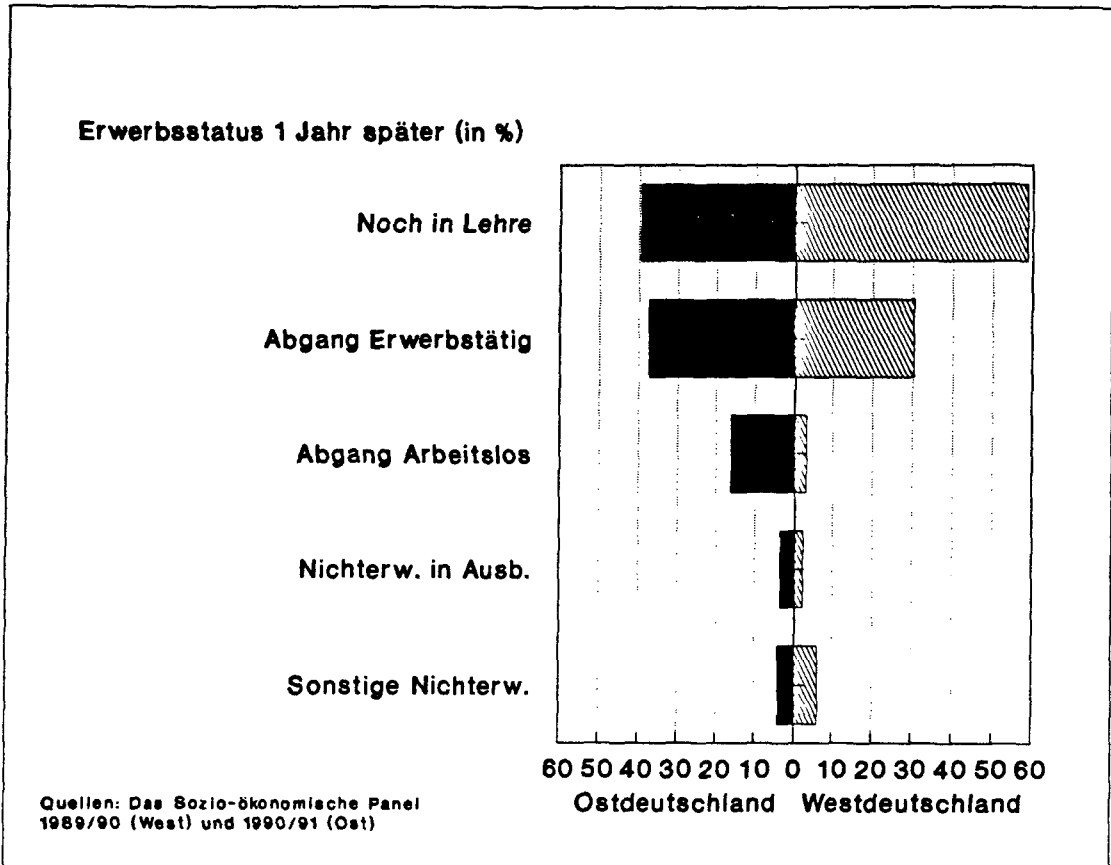
Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel (Ost) 1990/91.

Dies dürfte erstens die Probleme beim Übergang von der Berufsausbildung ins Erwerbsleben widerspiegeln. So fallen im Transformationsprozeß viele Berufe weg, für die im alten System noch ausgebildet wurde, neue entstehen, Zusatzausbildungen werden notwendig. Nicht immer wird eine Anschlußbeschäftigung gefunden. Diese Problematik verdeutlicht Grafik 5, in der die Situation der weiblichen und männlichen Auszubildenden in Ost- und Westdeutschland dargestellt wird. Von den 16 bis 34 Jährigen in den alten Bundesländern, die 1989 angaben, eine betriebliche Ausbildung zu durchlaufen, befanden sich nach einem Jahr noch knapp 60 % in der Lehre. Dies scheint eine realistische Größe zu sein, insbesondere wenn man bedenkt, daß eine betriebliche Ausbildung etwa drei Jahre dauert und in der Regel 12 Monate zwischen zwei Befragungswellen liegen. 30 % hatten eine Erwerbstätigkeit gefunden; nur 3 % waren arbeitslos gemeldet, 6 % waren nichterwerbstätig.

In Ostdeutschland befanden sich nach knapp⁸ einem Jahr (1990/1991) hingegen nur noch knapp 40 % in einer Lehre. Gut 37 % wechselten in eine Erwerbstätigkeit. Dieser relativ hohe Anteil Erwerbstätiger ist vermutlich dadurch zu erklären, daß viele ihre Ausbildung abgebrochen haben, da entweder der Betrieb aufgelöst wurde oder die in der Ausbildung vermittelten Kenntnisse nicht mehr nachgefragt werden. Als Alternative bietet sich diesen Jugendlichen dann der Wechsel in eine andere Ausbildung oder die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

8) Die Feldzeit der Basisbefragung Ost erstreckte sich auf Juni 1990. Die Wiederholungsbefragung begann im März 1991 und war - von im wesentlichen umgezogenen Haushalten abgesehen - Ende April 1990 abgeschlossen.

Grafik 5: Betrieblich Auszubildende 1 Jahr später - Vergleich Ost- und Westdeutschland



Jugendliche, denen der Übergang in eine andere Ausbildung oder sonstige Erwerbstätigkeit nicht gelingt, werden zum größten Teil arbeitslos (16 %). Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich Jugendliche in Ostdeutschland zu einem geringeren Anteil als in Westdeutschland in die Nichterwerbstätigkeit begaben.

Zweitens dürfte der hohe Anteil arbeitsloser jüngerer Frauen auf die besonders großen Risiken der 'Mütter mit Kleinkindern' zurückzuführen sein. Die Entscheidung, eine Familie zu gründen, erwerbstätig zu bleiben oder eine neue Erwerbstätigkeit aufzunehmen, ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund bestehender Unsicherheiten im Umbruch, finanzieller Notwendigkeiten und Vorstellungen über einen gewünschten Lebensstandard und die eigene wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sehen. Es wäre sicherlich eine falsche politische Zielvorgabe, den Wunsch nach Erwerbsarbeit der jüngeren Frauen zu ignorieren und

auf die "Selbsteilungskräfte des Marktes" zu vertrauen, ohne die hieraus folgenden sozialen Probleme und gesellschaftlichen Konsequenzen in die Gesamtbewertung der Arbeitsmarktstrategien miteinzubeziehen.

Es werden bereits erste Reaktionen auf die neue Situation deutlich: So ist ein abrupter Rückgang der Geburten⁹, eine steigende Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen und ein "enorm steigender Drang nach Sterilisation" bei ostdeutschen Frauen - aber übrigens auch bei Männern - zu verzeichnen. Immer häufiger würden Frauen mit der Aussage "Wir können uns jetzt kein Kind mehr leisten" bei der Feststellung einer Schwangerschaft ihrem Arzt gegenüber treten¹⁰. Dies deutet darauf hin, daß immer mehr Frauen - sehen sie sich vor die Entscheidung Familie und Beruf gestellt - die Erwerbstätigkeit wählen.

Eine Angleichung des Erwerbsverhaltens in West- und Ostdeutschland aufgrund eines erheblichen freiwilligen Rückzuges vom Arbeitsmarkt Ost ist also auch von diesen Frauen nicht zu erwarten.

Dies spiegeln auch subjektive Indikatoren wider.

5. Subjektive Bedeutung der Erwerbsarbeit in den neuen Bundesländern

1990 und 1991 fragten wir im Rahmen des SOEP die erwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland, wie wichtig "die Arbeit" für ihr Wohlbefinden und ihre Zufriedenheit sei. Sie konnten sich in vier Abstufungen (sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, unwichtig) einordnen. Für diese Analyse haben wir die Antworten in der Kategorie "sehr wichtig" im Längsschnitt untersucht.

Gut die Hälfte der Frauen hielten die Arbeit sowohl 1990 wie auch 1991 für "sehr wichtig" (Tabelle 2). Erst ein Blick in die unterschiedlichen Altersgruppen zeigt Veränderungen und läßt erhebliche Unterschiede zu Tage treten. Immer mehr Frauen der jüngeren und mittleren Generation halten den Beruf für "sehr wichtig" (mittlerweile deutlich mehr als die Hälfte). Demgegenüber hat der Anteil älterer Frauen, die den Beruf für "sehr wichtig" halten, nach einem Jahr Vereinigung deutlich abgenommen (nur noch 39 %). Es stieg die Bedeutung der

9) Von Januar bis Mai 1991 ging in den neuen Bundesländern die Zahl der Lebendgeborenen um 37,5 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres zurück. Vgl. BiB-Mitteilungen 12(3), 1991, S. 8.

10) Vgl.: Sterilisation als Ausweg, in: Berliner Zeitung vom 4.11.1991.

Arbeit gerade in jener Gruppe am stärksten, die von Arbeitslosigkeit überproportional betroffen war.

Auch die Entwicklung der Zufriedenheit mit der Arbeit zeigt innerhalb der Altersgruppen deutliche Unterschiede (Tabelle 2). Auf einer Skala von null bis zehn konnten die Befragten den Grad ihrer "Zufriedenheit mit Ihrer Arbeit" abstimmen. Bildet man den Mittelwert (MEAN) aller Antworten, zeigt sich eine Abnahme der Zufriedenheit von 1990 bis 1991.

Diese Abnahme ist zum größten Teil auf die gesunkene Arbeitszufriedenheit der älteren Generation von Frauen zurückzuführen. Nur die Zufriedenheit bei der jüngeren Generation blieb im Mittelwert konstant.

Tabelle 2: Entwicklung der Wichtigkeit der Arbeit sowie der Arbeitszufriedenheit erwerbstätiger Frauen

Erwerbstätige Frauen	Wichtigkeit der Arbeit Anteil sehr wichtig		Durchschnittliche(1) Arbeitszufriedenheit	
	1990 %	1991 %	1990 MEAN	1991 MEAN
Insgesamt	51,2	51,4	7,2	6,7
16-34 Jahre	49,6	52,9	6,9	6,8
35-49 Jahre	57,0	58,9	7,3	6,7
50-60 Jahre	46,4	39,1	7,5	6,4

Anmerkung: Personen im Alter von 16-60 Jahren.

(1) Gemessen auf einer 11er Skala (0 = ganz und gar unzufrieden; 10 = ganz und gar zufrieden)

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel (Ost) 1990/91.

Diese Ergebnisse bestärken die steigende Bedeutung "der Arbeit" gerade bei jenen Frauen in den neuen Bundesländern, die noch eine längere Erwerbskarriere vor sich haben. Eine besonders schwierige Situation am Arbeitsmarkt (hohe Betroffenheit von Arbeitslosigkeit) scheint die Bedeutung der Erwerbstätigkeit - selbst bei Frauen, die erwerbstätig sind - nochmals zu verstärken. Darüber hinaus lassen die Ergebnisse zur Zufriedenheit mit der Arbeit darauf schließen, daß von den erwerbstätigen Frauen die jüngere Generation den Wandel bisher mit geringeren Abstrichen am persönlichen Wohlbefinden bewältigen konnte als die ältere.

6. Zwischenbilanz

Im Zuge des Transformationsprozesses ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen und Männer in Ostdeutschland insgesamt ausgehend von etwa 10 Millionen 1989 bisher um nahezu dreieinhalb Millionen¹¹ gesunken. Arbeitsmarktprognosen gehen davon aus, daß das Tal der Arbeitslosigkeit immer noch nicht erreicht ist. Für 1992 wird lediglich ein *erheblich geringerer Anstieg* der Arbeitslosenzahlen erwartet (geschätzte Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 1992: 18,9 % gegenüber 11,9 % 1991)¹². Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte 1992 weiterhin zurückgehen, wenn auch weniger stark als 1992. Im Jahresdurchschnitt 1992 werden 1,4 Millionen arbeitslose Frauen und Männer sowie 1,7 Mio Personen in ABM, Kurzarbeit oder Weiterbildung und 360 Tsd. Personen in der Stillen Reserve erwartet¹³. Damit würde knapp die Hälfte der erwerbstätigen Personen in Ostdeutschland mit direkten staatlichen Transferleistungen unterstützt und sich also nicht in einer konkurrenzfähigen regulären Anstellung befinden¹⁴.

Diese Zahlen geben einen Hinweis auf die hohen Transferzahlungen, die in diesem Umfang auf Dauer sicherlich nicht geleistet werden können. Damit zeichnet sich ein heißer Kampf um Arbeitsplätze für die Zukunft ab - ein Kampf, der sich nicht nur zwischen Qualifizierten und weniger Qualifizierten, Jüngeren und Älteren, Mobilen und Nicht-Mobilen, sondern zunehmend zwischen den Geschlechtern abspielen wird.

Aus der bisherigen Analyse des Erwerbsverhaltens ostdeutscher Frauen ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

1. Die Frauen der jüngeren und mittleren Generation in den neuen Bundesländern werden sich zum größten Teil nicht freiwillig in die Nichterwerbstätigkeit zurückziehen. Verlieren sie ihre Erwerbstätigkeit,

11) Herbstgutachten der fünf führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1991. In: DIW Wochenbericht Nr. 42-43/91, S. 595.

12) Ebda., S. 601.

13) Ebda., S. 601. Die Prognosen des Sachverständigenrates sind etwas optimistischer. Die durchschnittliche Jahresarbeitslosenquote wird z.B. auf 10,5 % 1991 und 16 % 1992 geschätzt. Lediglich die Zahl der Kurzarbeiter liegt mit 750 Tsd. im Jahre 1992 über der Prognose der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Nov. 1991): Jahresgutachten 1991/92.

14) Hinzu kommen noch über 624 Tsd. Bezieher von Vorruhestandsgeld oder Altersübergangsgeld.

werden sie - wie die Männer - versuchen über ABM, FuU, Kurzarbeit und dergleichen eine Anschlußstätigkeit zu finden. Ist das nicht möglich, melden sie sich arbeitslos.

2. Ist das Potential der älteren Erwerbstätigen für den vorzeitigen Übergang in den Ruhestand weitgehend ausgeschöpft und befindet sich die mittlere Generation in einer relativ günstigen Arbeitsmarktposition, dann wird künftig insbesondere die jüngere Generation von Frauen (bzw. die potentiellen Mütter) verstärkt unter den Entscheidungsdruck zwischen Familie und Beruf gestellt.
3. Der starke Erwerbswunsch bzw. die finanzielle Notwendigkeit zur Erwerbsarbeit von Frauen hat u.a. zur Folge, daß künftig Männer verstärkt mit Frauen um einen Arbeitsplatz konkurrieren müssen. Dabei haben die Frauen aufgrund ihrer hohen Erwerbsbeteiligung und ihres im Vergleich zu den ostdeutschen Männern hohen Bildungsniveaus¹⁵ hierfür gute Voraussetzungen, die sie sicherlich zum großen Teil auch nutzen werden.

7. Ausgangssituation der Frauen in den alten Bundesländern am Arbeitsmarkt

Die Ausgangssituation am Arbeitsmarkt ist für westdeutsche Frauen eine andere. Die Erwerbsquote der Frauen in den alten Bundesländern befindet sich seit Jahren - auch im internationalen Vergleich - auf relativ niedrigem Niveau¹⁶. Dies, obwohl die Frauenerwerbstätigkeit - insbesondere seit dem großen Beschäftigungstief 1983 - deutlich zugenommen hat. Es waren zum größten Teil Frauen, die im Strukturwandel zu den Dienstleistungen vom Beschäftigungszuwachs profitierten. (Damit ist allerdings noch nichts über die Qualität der Tätigkeiten gesagt). Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung hat in dieser Zeit überdurchschnittlich zugenommen¹⁷.

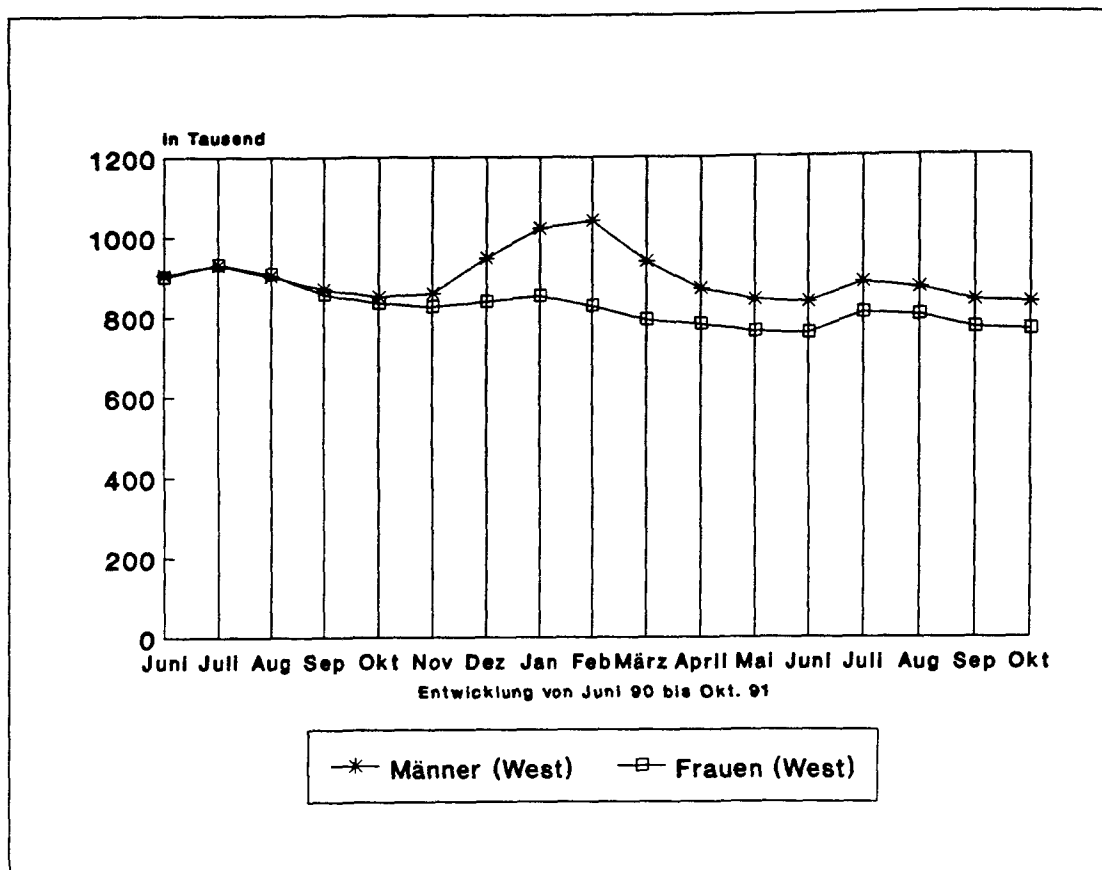
Im Juni 1990 waren die Frauen in Westdeutschland von der Arbeitslosigkeit überproportional betroffen (Grafik 6). Die absolute Zahl arbeitsloser Frauen und Männer war annähernd gleich hoch. Im Zuge der Vereinigung setzte ein Beschäftigungszuwachs ein.

15) In den neuen Bundesländern ist der Unterschied bei den Bildungsabschlüssen von Männern und Frauen erheblich geringer als in Westdeutschland.

16) Aktuelle international vergleichbare Zahlen liegen bisher nur bis zum Jahr 1987 bzw. 1988 und in der Altersabgrenzung '15 bis 64 Jährige' vor. Hier weisen Frauen in Westdeutschland eine Erwerbsquote von 54,4 % auf. Die Erwerbsquoten von Frauen in anderen westlichen Industrieländern lagen meist darüber: z.B. Frankreich (55,7 %), Japan (58,4 %), Großbritannien (63,5 %), USA (66,9 %), Kanada (66,9 %); Norwegen (72,8 %), Finnland (73 %), Dänemark (78,3 %) und Schweden (80,1 %). Vgl. OECD, Department of Economics and Statistics (1990): Labour Force Statistics 1968-1988, Paris.

17) Vgl. Jürgen Schupp (1989): Teilzeitbeschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland. In: Sozialer Fortschritt, Jg. 38, Heft 11/12, S. 245-252.

Grafik 6: Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern in Westdeutschland seit Juni 1990



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

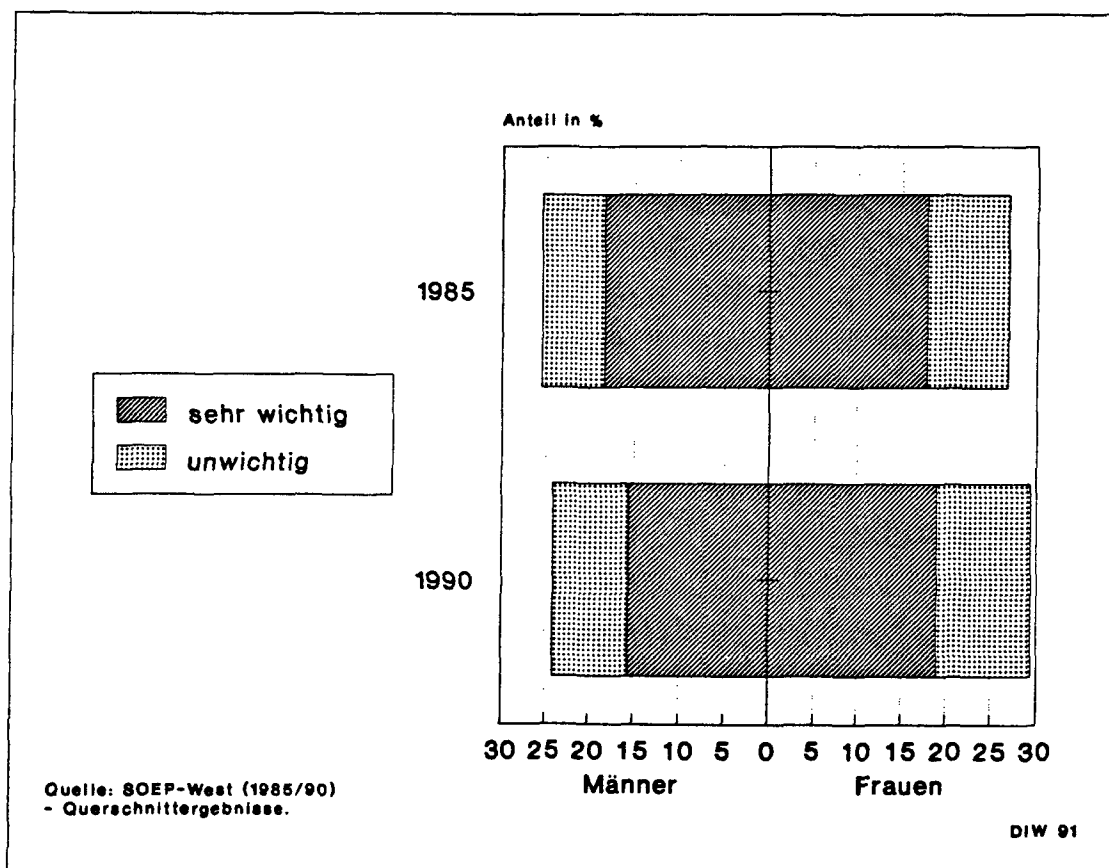
Zwar gelang es den Frauen etwas stärker als den Männern die Arbeitslosigkeit abzubauen, dennoch lag auch im Oktober 1991 ihre Arbeitslosenquote mit 6,8 % noch immer deutlich über jener für Männer mit 5,4 %. Allgemein erwartet wird im Westen eine Fortsetzung des Trends zur verstärkten Erwerbsneigung insbesondere von verheirateten Frauen¹⁸.

18) Vgl. Rürup, Bert (1989): Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland. München, S. 100 ff.

8. Bedeutungszuwachs des Berufs bei erwerbstätigen Frauen in den alten Bundesländern

Diesen Trend zur verstärkten Erwerbstätigkeit unterstützen auch subjektive Indikatoren. Sie weisen auf einen generellen qualitativen Bedeutungszuwachs des Berufs bei erwerbstätigen Frauen in den alten Bundesländern hin. Unterscheidet man nach Altersgruppen, scheint sich bei diesem Thema eine Polarisierung der Bedeutung von Arbeit und Nichtarbeit innerhalb der mittleren Generation der Frauen und Männern in Westdeutschland abzuzeichnen (vgl. Grafik 7).

Grafik 7: Bedeutung des Berufs erwerbstätiger Männer und Frauen im Alter von 35 bis 49 Jahre für 1985 und 1989 in Westdeutschland



So ist hier sowohl der Anteil der Frauen gestiegen, für die Arbeit eine solche Zentralität im Leben erlangt hat, daß sie hierfür *vieles opfern* würden, wie auch der Anteil jener Frauen, für die Arbeit *nicht so wichtig* ist. Für die mittlere Generation galt 1985 noch, daß erwerbstätige Männer für den Beruf eine höhere

Opferbereitschaft aufbringen als erwerbstätige Frauen. 1990 hat sich dies umgekehrt. In diesem Jahr waren lediglich noch 15,6 % aller erwerbstätigen Männer im Alter von 35 bis 49 Jahren bereit, dem Beruf vieles zu opfern, aber bereits 19 % aller erwerbstätigen Frauen in den alten Bundesländern maßen dem Beruf eine sehr hohe Bedeutung zu.

In der jüngeren Generation ist der Anteil derjenigen, die den Beruf als "sehr wichtig" bezeichnen, bei Frauen - aber auch bei Männern - weit geringer¹⁹, so daß ein genereller Unterschied der Bedeutung des Berufs zwischen den Generationen deutlich wird.

9. Arbeitszeitpräferenzen in den alten Bundesländern

Eine Option zur Umverteilung des Arbeitsvolumens auf mehr Personen stellt die Schaffung zusätzlicher Teilzeitstellen bzw. eine erhebliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit dar. Ohne an dieser Stelle auf die bisherige und gegenwärtige Rolle dieser arbeitszeitpolitischen Maßnahmen eingehen zu wollen, soll hier für die Gruppe der Vollerwerbstätigen in Westdeutschland die Entwicklung der Arbeitszeitpräferenzen dargestellt werden. Es zeigt sich, daß bei Männern der Wunsch, weniger als 34 Stunden zu arbeiten²⁰ von 1985 bis 1990 zwischen 12 % und 6 % schwankte und 1990 bei einem Wert von knapp 9 % lag (vgl. Grafik 8). Dieser Wert mag niedrig erscheinen; er ist dennoch deutlich höher als es der gegenwärtigen Beschäftigungsstruktur entspricht, wonach lediglich rund 2 % aller abhängig beschäftigten Männer in Teilzeit arbeiten²¹.

Dieser Anteil ist zwar deutlich niedriger als bei vollerwerbstätigen Frauen, bei denen 1985 immerhin noch 38 % Teilzeit zu arbeiten wünschten. Jedoch sinkt dieser Anteil bei vollerwerbstätigen Frauen - trotz periodischer Besonder-

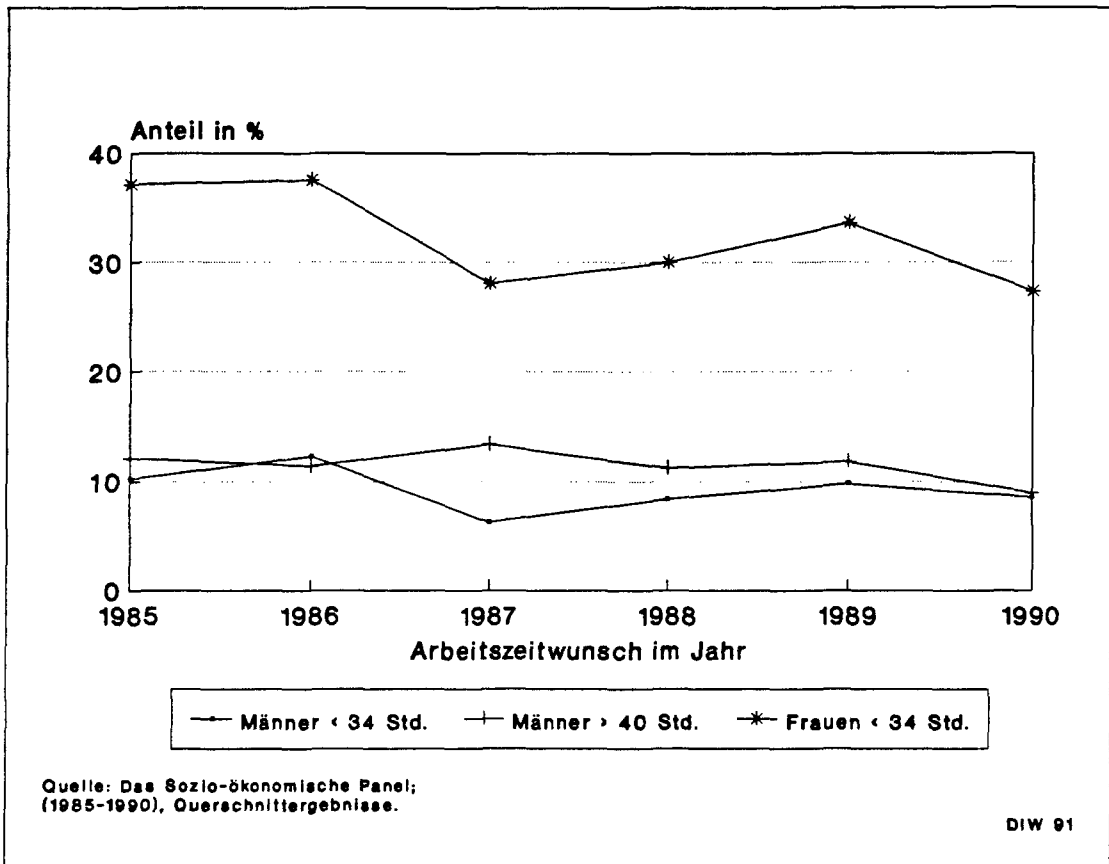
19) Dieser Trend bestätigen letztlich auch die These Hondrichs (1987), daß "eine der Widersprüchlichkeiten des modernen Lebens ist, daß wir mehr in der und für die Familie tun wollen, daß aber die langfristig zunehmende Attraktivität des Berufs für ehemals familienzentrierte Frauen und die Anziehungskraft eines außerhäuslichen Freizeitangebots für alle Familienangehörigen Energien aus dem Familienbereich abziehen" (S. 319).

18) Im SOEP wird die entsprechende Frage zur Wunscharbeitszeit mit der Einschränkung gestellt, daß das Einkommen entsprechend der Arbeitszeit ebenfalls sinken würde (also das Modell einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich).

21) Vgl. Schupp, Jürgen (1991): Teilzeitarbeit in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland, in: Projektgruppe Das Sozio-ökonomische Panel (Hrsg.) (1991): Lebenslagen im Wandel. Frankfurt - New York, S. 260-279.

heiten - offensichtlich deutlich ab und hatte 1990 ein Niveau von lediglich noch 28 % (das gleichwohl immer noch dreimal höher als bei den Männern ist).

Grafik 8: Arbeitszeitwünsche vollerbstätiger Männer und Frauen in Westdeutschland von 1985 bis 1990 (16 bis 60 Jahre)



Weiterhin fragten wir im SOEP nach der Bereitschaft mehr als 40 Stunden pro Woche (also in der Regel Überstunden) zu arbeiten. Auch das Einschränken von Mehrarbeit kann ja beschäftigungspolitisch genutzt werden, um die anfallende Arbeit auf mehr Arbeitnehmer zu verteilen. Hier zeigt sich für vollerbstätige Männer für die Periode von 1985 bis 1990 ein Absinken von 12 % auf 9 %.

Zwar paßt diese empirisch festzustellende sinkende Akzeptanz zu Mehrarbeit in die - auch hier geführte - Diskussion um den Bedeutungswandel von Arbeit. Jedoch zeigen diese Querschnittergebnisse in einem Zeitraum von 6 Jahren auch, daß solche Wertewandel-Indikatoren anfällig sind für periodische Beson-

derheiten. So fallen z.B. die starken Abweichungen 1987 in die heiße Phase des Kampfes um die 35-Stunden-Woche, die im Herbst 1986 begann und im Mai 1987 mit dem Abschluß des 3-jährigen Tariffriedens bei den Metallern endete. In dieser Phase konzentrierten sich die Arbeitszeitwünsche offensichtlich auf die 35-Stunden-Grenze. Bei den Männern stieg hiernach wieder der Anteil jener an, die Arbeitszeitverkürzung unterhalb von 34 Stunden wünschten. Bei den Frauen stieg dieser Anteil zunächst zwar auch wieder an, er sank jedoch 1990 sogar noch leicht unterhalb des Wertes von 1987.

10. Wege in die Zukunft

Der Trend zur verstärkten Erwerbsbeteiligung von Frauen im westlichen und der Bewahrung der sehr hohen Erwerbsneigung der Frauen im östlichen Teil Deutschlands²² wird nicht aufzuhalten sein. Auch in der soziologischen Theorie gilt die säkulare Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit als ein Kennzeichen des Modernisierungsprozesses moderner Gesellschaften, um das Thema des letzten Soziologentages hier nochmals aufzugreifen²³.

Zudem besteht - besonders stark in neuen Bundesländern - in den Haushalten die materielle Notwendigkeit des (Zu-) Verdienstes von Frauen. Während in Westdeutschland das Alleinverdienerprinzip vorherrscht, waren in der DDR die Mehrpersonenhaushalte auf Einkünfte von zwei Haushaltsmitgliedern - in der Regel von Mann und Frau - angewiesen. Auch heute hat sich in den neuen Bundesländern daran nicht viel geändert²⁴. Insofern kommt - will der Haushalt seinen Lebensstandard sichern - der ökonomischen Notwendigkeit zur Erwerbsarbeit der Frauen in Ostdeutschland nach wie vor eine vielfach dominierende Bedeutung zu.

22) Vgl. hierzu auch Elke Holst (1991): Frauenpolitische Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ost- und Westdeutschland. In: Wochenbericht des DIW Nr. 30/91, S. 421-426.

23) Wolfgang Zapf (Hg.) (1990): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt - New York.

24) Vgl. hierzu Schupp, Jürgen (1992): Familienstrukturen und Erwerbsbeteiligung in den neuen Bundesländern. In: Ott, Notburga und Gert Wagner (Hg.): Familien zwischen Erwerbstätigkeit und Transferzahlungen, DIW Sonderheft (in Vorbereitung).

Die Entwicklung unserer Gesellschaft wird wesentlich davon abhängen, wie sie das Problem des Ungleichgewichtes auf dem Arbeitsmarkt langfristig bewältigt. Reicht das Wirtschaftswachstum nicht aus, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen, müssen neue Wege gefunden werden, Dauerarbeitslosigkeit und erhebliche soziale Konflikte zu verhindern. Eine Möglichkeit besteht in einer Umverteilung der Arbeit mit Hilfe "neuer" Arbeitszeitkonzepte, die für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv zu gestalten sind. Dies umfaßt die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch unterhalb der 35-Stunden Woche, eine flexiblere Gestaltung der Lebensarbeitszeit, die Förderung von temporären Erwerbsunterbrechungen von Frauen und Männern sowie die Einrichtung von mehr (qualifizierten) Teilzeitarbeitsplätzen²⁵.

Aus frauenpolitischer Sicht ist eine allgemeine Wochenarbeitszeitverkürzung eine Notwendigkeit²⁶. Hierdurch kann der Doppelbelastung durch Beruf und Familie und den durch Teilzeitarbeit entstehenden Nachteilen (im Beruf und bei der bislang zumeist noch traditionellen Aufgabenverteilung im Haushalt) entgegengewirkt werden²⁷. Sicherlich ist bei massiven Arbeitszeitverkürzungen aber auch über die Lage von Arbeits- und Betriebszeiten sowie über die Frage des Lohnausgleichs zu diskutieren.

Von Seiten der Arbeitgeber scheint sich eine verstärkte Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen abzuzeichnen - was einer massiven Arbeitszeitverkürzung

25) Eine Verkürzung der Arbeitszeit auch unterhalb der 35-Stunden-Woche kommt insbesondere den Wünschen der jüngeren und mittleren Generation entgegen. Dies betrifft nicht nur Frauen, sondern auch Männer: 1990 gaben 8 % der 16 bis 34-jährigen und 11 % der 35 bis 49-jährigen Vollzeit erwerbstätigen Männer im westdeutschen SOEP an, weniger als 34 Stunden arbeiten zu wollen. Eine neue Studie des BAT Freizeitforschungsinstituts belegt die Freizeitorientierung der jüngeren Generation und den Wunsch nach einer "sanften Karriere". Hierunter sind Karrieren zu verstehen, die von langen Arbeitszeiten und wenig Freizeit nichts mehr wissen wollen. Der Karrierebegriff wird auf den Freizeitbereich ausgedehnt (z.B. Computerfreaks, Musiker, Sportler). Vgl. BAT Freizeit-Forschungsinstitut (Hg.) (1991): Junge Generation will "sanfte Karriere". In: Freizeit aktuell, Ausgabe 100, 12. Jg., 19. September 1991.

26) Wie sehr gerade die Frauen in Ostdeutschland aufgrund der Doppelbelastung von Beruf und Familie zeitlich in Anspruch genommen wurden vgl. u.a. Elke Holst und Eckhard Priller (1991): Zeitverwendung in der DDR am Vorabend der Marktwirtschaft. In: Projektgruppe Das Sozio-ökonomische Panel: Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den Neuen Bundesländern, Frankfurt/New York, S. 237-259.

27) Vgl. hierzu auch Holst, Elke und Jürgen Schupp (1990): Frauen in Familie und Beruf. In: Wochenbericht des DIW Nr. 29/90, S. 400-409.

ohne Lohnausgleich entspricht. So forderte jüngst zumindest der Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann angesichts der bestehenden Arbeitsmarktprobleme die Unternehmen auf, Teilzeitarbeit stärker zu erproben und in größerem Umfang einzusetzen²⁸. Es ist notwendig, daß sich die Arbeitnehmervertretungen rechtzeitig konstruktiv einschalten und Konzepte mitgestalten, die Benachteiligungen von teilzeitarbeitenden Frauen und Männern verhindern. Auf dem letzten Angestelltenkongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes im November forderte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Lorenz Schwegler, die Öffnung für flexible Modelle bei Arbeitszeitregelungen. Das starre Festhalten am Normalarbeitstag wirke "wie ein Überbleibsel aus der patriarchalischen Gesellschaftsordnung"²⁹.

Neben dieser Verantwortung der Tarifparteien, sollte der Staat Anreize setzen, daß auch Männer in großem Umfang auf einen Teil ihrer Erwerbsarbeit verzichten. Unter den gegebenen Umständen ist es nach wie vor ökonomisch attraktiver, wenn sich die - in der Regel weniger verdienende - Ehefrau den familiären Erfordernissen anpaßt und z.B. Teilzeit arbeitet bzw. sich "freiwillig" aus dem Erwerbsleben zurückzieht. So unterstützt das Ehegattensplitting sowie das Erziehungsgeld die tradierte Arbeitsteilung im Haushalt. Solange die ökonomischen Anreize nicht verändert werden³⁰, werden sich viele Frauen der neuen Situation mit einem Verschieben oder auch der Aufgabe des Kinderwunsches anpassen, um nicht den Anschluß zu verlieren.

Spätestens hier stellt sich auch für konservative ForscherInnen oder PolitikerInnen die Frage nach den Zielen der Gesellschaft. Inwieweit soll die Selbstbestimmung von Frauen und Männern über die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Beruf und Familie unterstützt oder begrenzt werden? Sicherlich fällt die Antwort je nach Sichtweise unterschiedlich aus. Der vorliegende Beitrag macht

28) Vgl. Murmann sieht für 1992 Ost-Investitionsrekord. In: Tagesspiegel v. 10.11.1991.

29) Vgl. Nicht mehr im Gleichschritt nach Hause: Schwegler fordert neue Beweglichkeit. In: Handelsblatt vom 15./16.11.1991.

30) Daß in diesem Bereich durchaus auch auf ökonomischen Anreizen basierende Vorschläge zu mehr 'partnerschaftlichen Solidarität' existieren, zeigt bspw. das Modell von Geissler/Pfau oder auch das schwedische Modell in Ott et al. Geissler, Birgit und Pfau, Birgit (1989): Frauenförderung mittels Arbeitszeitverkürzung. - Ein Modell der positiven Diskriminierung von Eltern im Erwerbsleben. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 42, Heft 7, S. 383-390; Ott, Notburga et al. (1990): Marktwirtschaftliche Möglichkeiten einer erziehungsfreundlichen Erwerbsarbeit in Deutschland. In: Sozialer Fortschritt, Jg. 39, Heft 7, S. 152-157.

deutlich, daß weder mit dem einseitigen Rückzug der Frauen vom Arbeitsmarkt (auf westdeutsches Niveau) gerechnet werden kann, noch die Nichterwerbstätigkeit von Frauen gewissermaßen als kleineres Übel hingenommen bzw. angestrebt werden sollte.

Die patriarchale Lösung des Problems, in dem die Frau zu den drei K's "Kinder, Küche, Kirche" zurückkehrt, ist jedenfalls in einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft nicht mehr möglich. Die Zukunft liegt nicht nur bei den Problemen zwischen Ost- und West, sondern auch beim Miteinander der Geschlechter im *Teilen*.